

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Fledder, Schölerberg (19)

am Donnerstag, 7. März 2013

Dauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

Ort: Gemeindesaal der Lutherkirche, Iburger Straße 73

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:

Frau Bürgermeisterin Strangmann

von der Verwaltung:

Frau Stadträtin Rzycki, Vorstand für Kultur, Soziales, Schulen
Frau Stumberg, Fachbereich Städtebau / Leiterin Fachdienst Verkehrsplanung
Frau Holste, Fachbereich Umwelt und Klimaschutz / Fachdienst Naturschutz und Landschaftsplanung

von der Stadtwerke

Osnabrück AG:

Frau Mäscher, Projektkoordination Mobilität 2030

Protokollführung:

Herr Koopmann und Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Planungen Miquelstraße
 - b) Gedenkstätte Overbergschule
 - c) Penny-Markt Meller Straße
 - d) Sporthallensituation am Schölerberg
 - e) Haltestelle Jellinghausstraße
 - f) Flüchtlingsunterkünfte Stadtteil Schölerberg
 - g) Spielplatzkonzept
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Projekt Mobilität 2030
 - b) Projekt StadtBaumPate
 - c) Ankündigung Öffentlichkeitsarbeit Lärmaktionsplanung
 - d) Entlastungsstraße West
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Zeitungsverteilung und Autosteckkarten
 - b) Beschilderung auf Gehwegen

Frau Strangmann begrüßt ca. 60 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Meimberg, **Herrn Meyer**, Herrn Mierke und Frau Wachtel - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Frau Strangmann teilt mit, dass der Bericht aus der letzten Sitzung am 11.07.2012 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aus Krankheitsgründen noch nicht vorliege und daher zu Protokoll gegeben werde (siehe Anlage).

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Planungen Miquelstraße

Herr Bergmann kritisiert die Nutzung der Miquelstraße als Bedarfsumleitung und bemängelt die im Zusammenhang mit dem Planungsverfahren durchgeführte Art der Bürgerbeteiligung. Die Kindertagesstätte der Lutherkirche ist besorgt über Radfahrer, die auf dem Gehweg der Miquelstraße fahren und fordert Maßnahmen der Verwaltung, um dies zu verhindern.

Zunächst werden die Anliegen der Antragssteller von Frau Strangmann kurz vorgetragen. Ergänzend hierzu erläutert Herr Bergmann seinen Antrag. Er schlägt vor, die BAB-Bedarfsumleitung auf einer alternativen Route einzurichten und den LKW-Verkehr auf der Miquelstraße zumindest in einer Richtung komplett zu sperren. Des Weiteren äußert er sich kritisch über den Zusammenhang mit dem Planungsverfahren durchgeführten Bürgerbeteiligungsprozess und die durchgeführten Arbeitskreise.

Frau Stumberg stellt anhand einer Präsentation ausführlich den standardisierten Planungs- und Beteiligungsprozess im Rahmen des Straßenbaus vor. Neben den dort vorgesehenen zwei Beteiligungsstufen in der Vorplanung wurde für die Miquelstraße / Am Riedenbach und den Vila-Real-Platz zusätzlich ein Arbeitskreis ins Leben gerufen. Im Jahr 2012 wurde für die Miquelstraße bereits die erste Beteiligungsphase durchgeführt. Darüber hinaus wurden drei Arbeitskreissitzungen durchgeführt. Im Jahr 2013 sollen nun im Rahmen der 2. Vorplanungsphase weitere Möglichkeiten zur Mitarbeit und zur Einbringung von Wünschen, Anregungen und Überlegungen gegeben werden. Insbesondere die Anlieger sollen als direkt Betroffene hier beteiligt werden. Alle Anliegen und Interessen werden zusammengetragen und spielen bei der weiteren Planung eine wichtige Rolle und werden auch direkt an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt weitergegeben.

Herr Bergmann verliest das Einladungsschreiben der Verwaltung zu einer der bereits stattgefundenen Veranstaltungen. Er bemängelt, dass die versprochene Diskussion mit den Bürgern nicht stattgefunden habe. Vielmehr habe die Verwaltung einseitig ihren Standpunkt vorgetragen.

Frau Stumberg erklärt, dass zunächst die Pläne der Verwaltung vorgestellt wurden und im Anschluss daran in kleinen Arbeitsgruppen die Möglichkeit gewährt wurde, Anregungen und Wünsche einzubringen. Sie weist darauf hin, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Es ist nur ein begrenzter Straßenraum vorhanden und nicht alle Interessen können voll erfüllt werden. Sie erläutert, dass in der Sitzung des 3. Arbeitskreises eine Entscheidung der für die Autobahnumleitung zuständigen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vorgestellt wurde. Von dieser wurde eine alternative Führung der BAB-Bedarfsumleitung durch das Wasserschutzgebiet am Harderberg abgelehnt und sei somit keine Alternative.

Im Rahmen der Überlegungen wurde entschieden, die Straße Am Riedenbach mit in die Planungen einzubeziehen, weil diese Straße eng mit der Miquelstraße in Zusammenhang steht. Es ist vorgesehen, die Straße nach dem Ausbau der Miquelstraße ebenfalls auszubauen. Der Beginn der standardisierten Bürgerbeteiligung Am Riedenbach wird dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in der nächsten Sitzung zum Beschluss vorgelegt. Nach der Beschlussfassung wird den Bürgern die Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben werden. Die Beteiligung ist demnach noch nicht abgeschlossen, sondern geht weiter. Die 2. Phase der Bürgerbeteiligung wird dann gemeinsam für die Miquelstraße und Am Riedenbach durchgeführt. Die Verwaltung wird zu einer gemeinsamen Veranstaltung einladen.

Herr Bergmann begrüßt weitere Gespräche. Er merkt allerdings an, dass er mit dem bisherigen Verlauf der Bürgerbeteiligung nicht zufrieden ist.

Frau Strangmann betont, dass es positiv sei, dass weitere Gespräche vorgesehen seien.

Eine Bürgerin weist auf eine Unterschriftenaktion zu diesem Thema hin. Einige Bürger befürchten negative Auswirkungen durch die Umbaumaßnahmen.

Frau Stumberg versichert nochmals, dass die Planungen noch nicht abgeschlossen sind und alle Anlieger über das weitere Vorgehen schriftlich informiert werden.

Frau Strangmann schlägt vor, für die Übergangszeit alternative Maßnahmen durchzuführen, um auf das Verhalten der Fahrradfahrer an der Miquelstraße einzuwirken. Eine Möglichkeit ist es zum Beispiel, die Polizei zu informieren mit der Bitte, Kontrollen durchzuführen. Dieser Vorschlag wird von einigen Bürgern begrüßt.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass die derzeitige Lage gefährlich ist. Es gibt keine Wege für Radfahrer. Deswegen ist ein separater Radweg nötig. Hier ist der durch die Straße fahrende LKW-Verkehr immer wieder ein Argument gegen entsprechende Maßnahmen. Allerdings unternehme die Stadt aber keine Maßnahmen, um den LKW-Verkehr einzuschränken. Möglich wären hier beispielsweise Durchfahrverbote. Er nennt als Beispiel die Stadt Paderborn, in der Durchfahrverbote für LKWs durch eine entsprechende Beschilderung durchgesetzt werde.

Frau Stumberg betont, dass die Vermeidung des LKW-Verkehrs Priorität habe. Allerdings müssen zur Durchsetzung von Durchfahrverboten Alternativrouten vorhanden sein, die von den LKWs genutzt werden können. Hier liegen in Paderborn unter Umständen andere Möglichkeiten vor als in Osnabrück.

Ein Bürger betont, dass er die Zusammenfassung der Planungen für die Miquelstraße mit den Planungen zur Straße am Riedenbach positiv sieht. Allerdings vermisst er in den bisherigen Ausführungen Maßnahmen für den Vila-Real-Platz. Dieser sei für den Stadtteil ein zentraler Punkt und dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Frau Stumberg betont, dass der Vila-Real-Platz sich auch in der Betrachtung befinde und auch hier die Bürgerbeteiligung weitergeführt werde. Aber für einen Ausbau stehe derzeit kein Geld zur Verfügung. Sie erklärt, dass auch für den Vila-Real-Platz langfristig Lösungen gefunden werden sollen.

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Er fordert eine generelle Beteiligung betroffener Bürger vor der Durchführung von Umbaumaßnahmen. Als Beispiel nennt er die Verkleinerung des Schulhofes der Grundschule in Nahne im Zusammenhang mit den Straßenbauarbeiten an der Ansgarstraße. Dort ist er kein direkter Anwohner, aber seine Kinder besuchen diese Schule und er hätte in diesem Zusammenhang gerne die Möglichkeit gehabt, seinen Standpunkt mit einzubringen.

2 b) Gedenkstätte Overbergschule

Frau Jeda erkundigt sich nach dem Sachstand zur Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände der Overbergschule.

Frau Rzycki erläutert die Entwicklungen zu diesem Thema. Sie erklärt, dass die Planungen zur von Politik (im Rat am 16.11.2010) und Verwaltung (Kulturausschuss am 06.12.2011) angeregten Schaffung einer Erinnerungsstätte an der Overbergschule derzeit ruhen. Dies hängt zum Einen damit zusammen, dass an der Overbergschule bereits ein Erinnerungszeichen in Form eines Wandreliefs vorhanden ist, welches ein Künstler in Zusammenarbeit mit den Schülern der Schule erstellt hat und ist zum Anderen darin begründet, dass der Rat die Verwaltung am 07.02.2012 damit beauftragt hat, ein Rahmenkonzept für die Fortführung und Profilierung der Erinnerungskultur in Osnabrück in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus zu erarbeiten. Dieses Rahmenkonzept befindet sich augenblicklich in Arbeit. Es soll zunächst die Erinnerungskultur mit Blick auf die gesamte Stadt koordiniert werden unter Einbeziehung verschiedener Einrichtungen, Initiativen usw. Anhand des Rahmenplans sollen dann später konkrete Maßnahmen und Projekte ins Leben gerufen werden. Auch für die Diskussion um die Einrichtung einer Gedenkstätte an der Overbergschule könnten sich so richtungweisende Impulse ergeben.

2 c) Penny-Markt Meller Straße

Frau Stübbe erkundigt sich, wann und in welcher Form der Erweiterungsbau des Penny-Marktes an der Meller Straße vorgesehen ist.

Frau Stumberg stellt die vorgesehenen Maßnahmen vor. Demnach wurde der Bebauungsplan Nr. 208 - Ertmanstraße West - für den geplanten Neubau des Penny-Marktes geändert. Diese Änderung ist seit dem 04.01.2013 rechtskräftig.

Nach den derzeitigen Planungen soll der Abriss des bestehenden Marktes nach Ostern 2013 erfolgen. Anschließend soll mit dem Neubau begonnen werden. Nach Aussage des planenden Architekten soll die Bauzeit maximal 6 Monate in Anspruch nehmen, so dass mit einer Neueröffnung im Herbst 2013 zu rechnen ist.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen muss auch der rückwärtige Weg hinter dem Penny-Markt entfernt werden. Diese Maßnahme befindet sich derzeit in der Durchführung. Danach soll mit der Sanierung des Penny-Marktes begonnen werden. Nach der Fertigstellung des Neubaues soll der entfernte Weg wieder hergestellt werden.

Ein Bürger fragt nach, ob es für den genannten Zeitraum an diesem Standort keinen Penny-Markt gibt und führt an, dass ursprünglich die Weiterführung des Verkaufes in einem großen Zelt im Gespräch war.

Frau Stumberg erklärt, dass dies nicht vorgesehen ist.

Herr Meyer merkt an, dass gerade für ältere Menschen die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern durch den Wegfall des Marktes erheblich erschwert werde. Zudem sei dies der zweite Markt in einem erweiterten Einzugsgebiet, der wegfallt. Dies sei für die Anwohner problematisch.

Frau Stumberg betont, dass sie die schwierige Lage der Anwohner verstehe. Sie stellt aber auch klar, dass die Stadt nur in begrenztem Maße Einfluss auf die Entscheidungen der Betreiber des Penny-Marktes nehmen kann.

2 d) Sporthallensituation am Schölerberg

Herr Horst und Frau Budke fragen an, ob es Planungen gibt, um zu gewährleisten, dass der Stadtteil Schölerberg auch in Zukunft ausreichend Sporthallen zur Verfügung hat. Des Weiteren erkundigen sie sich, wie ein Ersatz für Sporthalle der Käthe-Kollwitz-Schule vorgesehen ist, wenn diese abgerissen wird.

Frau Rzycki liest einleitend den Antrag zur Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung des Bürgerforums vor. Im Anschluss daran stellt sie die aktuellen Überlegungen vor. Demnach ist in der Überlegung, ob durch einen Neu- oder Erweiterungsbau der Sporthalle der Grundschule am Schölerberg ein Ersatz für die Sporthalle der Käthe-Kollwitz-Schule geschaffen werden kann. Der Standort der Käthe-Kollwitz-Schule wird mittelfristig aller Voraussicht nach als Schulstandort aufgelöst. Der Abriss der Käthe-Kollwitz-Schule würde dann wahrscheinlich im Jahr 2016 vorgenommen werden und die dann frei gewordene Fläche im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses als Wohngebiet vermarktet werden.

Planungen, den Standort der Teutoburger Schule als einen Grundschulstandort zu nutzen, wurden im Laufe der Abwägungen verworfen. Es wird nun darüber nachgedacht, ob dieser Standort als Außenstelle der Berufsbildenden Schulen am Schölerberg genutzt werden kann. Auf Grundlage dieser Überlegungen wird in Erwägung gezogen, den Standort der Overbergschule als Grundschulstandort weiter zu nutzen. Frau Rzycki betont, dass diese Überlegungen noch in der Entwicklungsphase sind und es noch keine definitiven Planungen gibt. Hierzu müssten zunächst alle relevanten Fakten zusammengetragen werden, um dann eine Grundsatzentscheidung zum Schulkonzept am Schölerberg treffen zu können.

Ein Bürger fragt nach, ob es nach dem vorgesehenen Abriss der Käthe-Kollwitz-Schule bis zur Schaffung eines entsprechenden Ersatzes keine Ausweichmöglichkeiten für die Sportvereine gibt.

Frau Rzycki erwidert, dass die Sporthalle der Käthe-Kollwitz-Schule nicht abgerissen werden muss, bevor ein entsprechender Ersatz geschaffen worden ist.

Frau Budke erklärt, dass dieses Thema gerade aufgrund der vielen Kinder im Stadtteil sehr wichtig ist. Sie teilt mit, dass am Standort der Jellinghausschule nur wenig Platz zur Verfügung steht. Wichtig für die Sportvereine und Schulen sind vor allem ausreichend Hallenzeiten. Deshalb wäre eine 2-teilige Halle nötig. Sie äußert sich skeptisch, ob am Standort der Jellinghausschule für eine Halle dieser Größe ausreichend Platz zur Verfügung steht, zumal durch den Bau der Sporthalle nicht der Schulhof der Grundschule verkleinert werden soll. In diesem Zusammenhang bittet sie auch um eine frühzeitige Beteiligung der Bürger und der betroffenen Sportvereine am Planungsprozess.

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Er berichtet, dass die augenblickliche Situation aus Sicht der Sportvereine schwierig ist. Aufgrund fehlender Hallenzeiten mussten einige Sportangebote gestrichen werden. Er bittet um eine Beteiligung der Sportvereine und frühe Informationen, weil auch die Sportvereine auf für ihre Planungen verlässliche Informationen angewiesen sind.

Ein Bürger bemängelt, dass der Stadtteil Schölerberg immer mehr an Infrastruktur verliert. Neben dem geplanten Abriss der Käthe-Kollwitz-Schule wurden auch Sport- und Grünflächen gestrichen. Bald seien am Standort Schölerberg nur noch die Grundschule am Schölerberg und die Overbergschule vorhanden.

Frau Rzycki erklärt, dass die Schul- und Entwicklungsplanung mit Blick auf die Bedürfnisse und Erfordernisse der gesamten Stadt und nicht nur mit Blick auf einzelne Stadtteile vorgenommen werde. Die vorherige Überlegung, zwei neue Gesamtschulen im Stadtgebiet zu bauen, von denen eine im Stadtteil Schölerberg gebaut worden wäre, wurde aus dem Grund verworfen, weil die Trendentwicklungen dagegen sprechen. Demnach werden die Schülerzahlen mittelfristig abnehmen. Die geplanten Schulen hätten sich dann gegenseitig die Schüler abgenommen. Weil nur Bedarf für eine neue Gesamtschule im Stadtgebiet besteht, wurde beschlossen, diese im Stadtteil Eversburg einzurichten, weil hier nach Abwägung aller relevanten Entscheidungskriterien der günstigere Standort ist.

Bei der Zulassung zu den weiterführenden Schulen darf nicht die Zugehörigkeit zu einem Stadtteil als Kriterium herangezogen. Wenn mehr Anmeldungen eingehen als Plätze zur Verfügung stehen, werden die Plätze über ein Losverfahren vergeben. Somit findet keine Benachteiligung von Kindern aus anderen Stadtteilen statt. Frau Rzycki betont nochmals, dass der Bau von zwei neuen weiterführenden Schulen nicht möglich ist, weil diese sich gegenseitig die Schüler wegnehmen würden.

Zum Sporthallenkonzept gibt es indes noch keine konkreten Planungen. Daher hat auch noch keine Bürgerbeteiligung stattgefunden. Sobald die Planungsphase beginnt, wird es Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung geben, wie dies auch gängige Praxis bei Bauvorhaben der Stadt ist. In diesem Zusammenhang wird auch den runden Tischen, den Bürgervereinen und den betroffenen Sportvereinen die Möglichkeit gegeben werden, sich in die Planungsprozesse einzubringen.

Frau Strangmann erläutert, dass die weiterführenden Schulen im Hinblick auf den gesamtstädtischen Bedarf geplant werden. Es wird allerdings hinsichtlich der Bereitstellung von Grundschulen immer darauf geachtet, dass diese in den einzelnen Stadtteilen vorhanden und auch gut erreichbar sind. Hier werde versucht den Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ umzusetzen.

Frau Budke betont nochmals, dass dieses Thema sehr wichtig für den Stadtteil ist. Sie erklärt, dass die Bürger am Planungsprozess beteiligt werden wollen und fordert frühzeitige Informationen.

Ein anderer Bürger fordert, dass keine Sporthalle abgerissen werden solle, ohne für einen entsprechenden Ersatz zu sorgen.

2 e) Haltestelle „Jellinghausstraße“

Herr Bartholomäus fragt an, ob die im letzten Bürgerforum angeregte Umbenennung der Bushaltestelle „Jellinghausstraße“ vorgesehen ist und falls ja, zu welchem Zeitpunkt.

Frau Mäscher gibt bekannt, dass eine Umbenennung der Haltestelle zum diesjährigen Fahrplanwechsel am 08.08.2013 vorgesehen ist. Es sind viele unterschiedliche Vorschläge seitens der Stadt, der Schule und deren Elternschaft und aus dem letzten Bürgerforum eingegangen. Im letzten Bürgerforum Fledder/Schölerberg wurde der Haltestellename „Kolumbarium“ favorisiert. Die Stadtwerke beabsichtigen daher, diesen Namen zum Fahrplanwechsel umzusetzen.

Diese Aussage wird von einigen anwesenden Bürgern begrüßt.

2 f) Flüchtlingsunterkünfte im Stadtteil Schölerberg

Die Interessengemeinschaft Iburger Straße bittet um Informationen zu Flüchtlingsunterkünften, die im Stadtteil Schölerberg untergebracht werden sollen.

Frau Rzycki stellt die Entwicklungen zu diesem Thema vor. Der Stadt Osnabrück werden in Zukunft voraussichtlich vermehrt Flüchtlinge zugewiesen werden. Zur Unterbringung dieser Flüchtlinge ist die Stadt gesetzlich verpflichtet. Die derzeit vorhandenen Unterkünfte reichen nicht für die erwartete Zahl unterzubringender Personen aus. Deshalb müssen zusätzliche Unterkünfte geschaffen werden. Die Stadt Osnabrück selbst besitzt keine geeigneten Gebäude. Deshalb müssen neue Wohnungen angemietet werden. Allerdings gestaltet sich die Suche aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes schwierig. Dieses Thema wurde noch am Dienstag (05.03.13) im Rat besprochen. Es wurde beschlossen, die Flüchtlinge möglichst dezentral im Stadtgebiet unterzubringen. Es wurden 2 geeignete Objekte gefunden, die nunmehr entsprechend hergerichtet werden. Sie befinden sich an der Meller Straße 39 (hier wäre Platz für ca. 30 Personen) und an der Petersburg 6 (hier wäre Platz für ca. 55 Perso-

nen). Der Neubau von Wohnungen auf städtischen Grundstücken wurde im Zuge der Planungen aus Kostengründen verworfen.

Neben der Suche nach geeigneten Unterkünften wurde auch angeregt, ein umfassendes Konzept zum zukünftigen Umgang mit der Flüchtlingsproblematik zu entwickeln. Demnach werde überlegt, nicht nur für die Instandhaltung der Wohnungen Sorge zu tragen, sondern es sollen auch Kontaktmöglichkeiten geschaffen werden. Unter Umständen könnten auch Sprachkurse angeboten werden. Zu diesen Möglichkeiten soll noch ein Konzept erstellt werden.

Frau Rzycki gibt zu bedenken, dass die Flüchtlinge sich in einer schwierigen Lage befinden und oft auch traumatische Erlebnisse hinter sich haben. Es ist vorgesehen, enger mit Flüchtlingsorganisationen zusammen zu arbeiten. Frau Rzycki stellt klar, dass die Stadt zwar bei der Finanzierung für die Unterbringung der Flüchtlinge Unterstützungen erhält, es sich aber schlussendlich nicht vermeiden lässt, dass die Stadt Zuzahlungen vornehmen muss.

Ein Bürger merkt an, dass man eindeutig zwischen Kriegsflüchtlings und Wirtschaftsflüchtlings unterscheiden muss. Außerdem fragt er nach, warum in einigen Stadtteilen wie beispielsweise am Westerberg keine Flüchtlinge untergebracht werden.

Frau Rzycki erwidert, dass die Stadt auf Wohnungsangebote angewiesen ist. Am Westerberg lagen keine derartigen Anmietungsmöglichkeiten vor. Zudem ist zu bedenken, dass die Unterkünfte bezahlbar sein müssen.

Herr Meyer meldet sich zu Wort, er sagt, er sei grundsätzlich für eine Unterbringung der Flüchtlinge in Osnabrück, aber auch andere Stadtteile müssten hier beteiligt werden. Er bittet deshalb darum neben den beiden angesprochenen Standorten in diesem Stadtteil vorerst keine weiteren Unterkünfte einzurichten, sondern auch in anderen Stadtteilen nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen.

Frau Wachtel äußert sich zu diesem Anliegen. Sie erklärt, dass nach den beiden angemieteten Häusern keine weiteren Unterkünfte für Flüchtlinge im Gebiet Fledder / Schölerberg vorgesehen sind. Es wurde zudem die Erarbeitung eines Konzeptes beantragt, mit dessen Hilfe die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen verbessert werden soll. Sie gibt zu bedenken, dass es sich hier um Personen handelt, die aus Krisengebieten kommen und oft traumatisierende Erlebnisse hinter sich haben. Deshalb reiche es nicht aus, nur für die Instandhaltung der Wohnungen zu sorgen. Es soll geprüft werden, ob weitere Betreuungsmaßnahmen und ergänzend hierzu der Einsatz eines Dolmetschers ermöglicht werden können, um die Integration der Flüchtlinge zu erleichtern. Sie erklärt, dass die Unterbringung auch gerade wegen der geringen Vorlaufzeit in solchen Fällen schwierig sei. Es wird nur kurz vorher bekannt, wann neue Flüchtlinge zu erwarten sind, um wie viele Personen es sich handelt und woher diese kommen.

Frau Budke räumt ein, dass die beiden angemieteten Häuser in einem schwierigen Umfeld mit vielen Problemen liegen. Sie befürchtet, dass dies problematisch für die Unterbringung von Flüchtlingen dort ist und empfiehlt, in einem anderen Gebiet Unterkünfte einzurichten.

Ein Bürger meldet sich ergänzend hierzu zu Wort. Er befürwortet die Erarbeitung eines Konzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen. Er äußert sich allerdings skeptisch, ob ein solches Konzept auch wirklich funktioniert. Zudem fordert er, neben den beiden neuen Unterkünften keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte in diesem Stadtteil einzurichten. Er betont, dass auch andere Stadtteile in der Verantwortung sind, diese Aufgabe mit zu erfüllen.

Herr Mierke erklärt, dass sich die Verwaltung in einer schwierigen Situation befinde. Es stehen nur begrenzte Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet zur Verfügung. Es handelt sich um ein brisantes Thema, das sehr wichtig ist. Er plädiert dafür, nicht

nach dem Sankt-Florian-Prinzip die Verantwortung auf andere abzuschieben, sondern auch selbst Verantwortung zu übernehmen.

2 g) Abweichungen vom Spielplatzkonzept

Frau Budke vom Runden Tisch Schölerberg bittet darum, die Abweichungen vom Spielplatzkonzept im Stadtteil vorzustellen.

Frau Holste stellt die in Frage stehenden Veränderungen vor. Im Stadtteil Schölerberg wurde 2012 nach den Vorgaben des Spielplatzkonzeptes ein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes für die Kinderspielplatzvorbehaltsfläche Langenkamp eingeleitet. Ziel des Verfahrens ist es, zusätzliche Wohnbebauung zu ermöglichen. Aufgrund eingereicherter Stellungnahmen wurde im Rahmen des Änderungsverfahrens beschlossen, eine Planalternative zu verfolgen, die eine Entwicklung von PKW-Stellplätzen auf einem Teilbereich des angrenzenden Bolzplatzes Langenkamp vorsieht. Derzeit werden Anregungen überprüft, ob durch eine alternative Anordnung der Stellplätze eine bessere Einsehbarkeit der Spielfläche erreicht werden kann.

Frau Budke merkt an, dass es im Interesse des Stadtteils liege, ausreichend Spielplatzflächen zur Verfügung zu haben. Es seien im Stadtteil in der Vergangenheit mehrere Spielplatzflächen verloren gegangen. Es sei daher wichtig, dass ein weiterer Rückgang vermieden werde. Auch der geplante Bau einer Mensa an der Overbergschule benötige Platz und werde unter Umständen die vorhandene Spielfläche weiter verkleinern.

Frau Holste und Frau Rzycki betonen, dass der Kinderspielplatz auf dem Grundstück der Overbergschule planungsrechtlich im Bebauungsplan gesichert wurde. Die Änderung ist seit dem 04.01.2013 rechtsverbindlich. Alle zukünftigen Erweiterungsplanungen auf dem Grundstück der Overbergschule müssen darauf Rücksicht nehmen. Demnach ist für den Kinderspielplatz eine genaue Fläche festgeschrieben, die nicht anderweitig bebaut werden darf.

Frau Budke bittet nochmals darum, die vorhandenen Spielplatzflächen zu erhalten.

Frau Holste erwidert, dass alle Abweichungen vom Spielplatzkonzept sorgfältig abgewogen werden und nicht ohne gute Gründe vorgenommen werden.

Ein Bürger regt an, in der Nähe von Kinderspielplätzen sanitäre Anlagen vorzuhalten, weil ihm aufgefallen sei, dass hier von Zeit zu Zeit Probleme entstehen würden.

Frau Holste erklärt, dass es im Stadtgebiet circa 200 Kinderspielplätze gibt und eine Bereitstellung sanitärer Anlagen in diesem Umfang nicht möglich ist.

Zur ehemaligen Kinderspielplatz-Vorbehaltsfläche Ackerstraße im Stadtteil Fledder sagt Frau Holste, dass diese auf Grundlage eines politischen Beschlusses von 2011 aufgegeben wurde. Der Ablösebetrag für die Aufgabe der Vorbehaltsfläche wurde bereits für ergänzende Spiel- und Bewegungsangebote verwendet und wird im Weiteren noch auf den benachbarten Spielflächen Kinderspielplatz *Ertmanplatz* sowie auf der Bolzfläche *Langenkamp* eingesetzt.

Im Anschluss daran stellt Frau Holste die Planungen für die weiteren in Frage stehenden Flächen vor. Demnach soll der im Spielplatzkonzept beschlossene Ausbau des Quartiers- und Themenspielplatzes an der Käthe-Kollwitz-Schule in Abhängigkeit von der Nutzungsaufgabe und dem Abriss des Gebäudes weiterverfolgt werden. Weiterhin berichtet sie, dass sich der ursprünglich 2012 für den Wegfall des ehemaligen Kinderspielplatzes Penny-Markt/Meller Straße geplante Ausbau des Ersatzspielplatzes in der Overbergstraße aufgrund des Bebauungsplanverfahrens und der daran geknüpften Ablösezahlung verzögert hat und im Jahr 2013 durchgeführt wird.

Herr Meimberg erklärt, dass das Spielplatzkonzept erstellt wurde, um verbindliche Richtlinien zum Umgang mit den Spielplatzflächen und deren Instandhaltung zu schaffen. Beim Thema Spielplatzflächen treffen unterschiedliche Interessen aufeinander. Diese müssen in einem ständigen Abstimmungsprozess miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei müssen die Entscheidungen nicht nur mit Blick auf die einzelnen Stadtteile getroffen werden, sondern mit Blick auf das gesamte Stadtgebiet.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Projekt Mobilität 2030

Frau Mäscher stellt anhand einer Präsentation das Projekt „Mobilität 2030 - Für ein lebenswertes Osnabrück“ vor.

Aufgrund gesellschaftlicher Trends wie z. B. der demografische Entwicklung und einem individuellen Mobilitätsbedarf, wie auch Herausforderungen wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Anspruch der Kunden, Kosten des privaten Pkw-Besitzes, stellt sich die Frage, wie eine neue Mobilität für Osnabrück und die Region aussehen kann. Mobilität ist ein wichtiger Teil des Alltags und betrifft alle. Daher sind die Ideen der Osnabrücker Bewohner gefragt, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Auch die Stadtwerke haben hierzu Projekte initiiert (Einsatz des Elektrobusses zwischen Neumarkt und Marienhospital, Carsharing-Kooperation (bereits mit 10 Elektroautos), Angebot einer Mobilkarte für die kombinierte Nutzung von Bus / Auto / Rad. Geplant ist weiterhin die Entwicklung einer Smartphone-App zur schnellen und umfassenden Information (z. B. Fahrzeiten auf Echtzeit-Basis).

Weitere Informationen zu diesem Projekt, direkte Beteiligungsmöglichkeiten und eine Übersicht über weitere Standorte der Mobilbox gibt es unter www.mobilitaet2030.de. Vorschläge können auch persönlich bei den Stadtwerken, per Post, Fax oder Mail eingereicht werden.

3 b) Projekt StadtBaumPate

Frau Strangmann weist die anwesenden Bürger auf die ausliegenden Flyer hin und stellt das Projekt kurz vor. Die Stadt Osnabrück soll grüner werden. Aus diesem Grund gibt es seit kurzem die Möglichkeit, durch eine Spende von 300 Euro die Pflanzung eines Baumes zu finanzieren. Dabei darf der Spender den Ort, an dem der Baum gepflanzt werden soll, aus mehreren vom Osnabrücker ServiceBetrieb (OSB) ausgewählten Gebieten wählen. Der OSB übernimmt daraufhin die Pflanzung und weitere Pflege der Bäume. Der Name des Spenders wird, wenn er oder sie es wünscht, auf einer Eichenstele vor dem Baum kenntlich gemacht.

3 c) Ankündigung Öffentlichkeitsarbeit Lärmaktionsplanung

Frau Stumberg weist kurz auf das Projekt Lärmaktionsplanung und das damit in Zusammenhang stehende 2. Lärmforum hin.

Die EU-Umgebungslärmrichtlinie verpflichtet die Kommunen zur Lärmkartierung und zur Aufstellung eines Lärmaktionsplans. Die Lärmkartierung für die Stadt Osnabrück (Straßenverkehrs- und Gewerbelärm) wurde termingemäß im Juni 2012 abgeschlossen. Weitere Informationen sowie eine interaktive Lärmkarte Tag-Abend-Nacht / Nacht sind auf der Internetseite www.osnabrueck.de/laermschutz veröffentlicht.

Der zweite Schritt - die Erstellung des Lärmaktionsplans mit einem Konzept für Maßnahmen zur Reduzierung oder Vermeidung des Lärms - wird unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Neben mehreren Veranstaltungen (Lärmforen u. a.) wurde ergänzend im Internet bis zum 02.11.2012 ein Fragebogen für Hinweise und Vorschläge eingestellt. Das 1. Lärmforum fand statt am 26.09.2012, der Termin für das 2. Lärmforum wurde verlegt. Dieses

findet jetzt am Mittwoch dem 17. April 2013 um 19 Uhr im Felix-Nussbaum-Haus statt. Zu diesem Termin sind alle Bürger herzlich eingeladen.

Der Lärmaktionsplan ist gemäß der EU-Richtlinie bis zum 18.07.2013 zu erstellen. Nach fünf Jahren ist die Kartierung und Lärmaktionsplanung zu wiederholen. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Lärmreduzierung/-vermeidung ist Angelegenheit der Kommune. Seitens der EU gibt es hierzu keine weiteren Vorgaben, Zuschüsse werden nicht gewährt.

3 d) Entlastungsstraße West

Aus Zeitgründen konnte dieser TOP im Bürgerforum am 07.03.2013 nicht mehr vorgestellt werden.

Die Vorstellung des Punktes wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung (05.11.2013, 19.30 Uhr, Grundschule am Schölerberg, Jellinghausstraße 24) nachgeholt.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Zeitungsverteilung und Autosteckkarten

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Er ist verärgert über die übermäßige Verteilung kostenloser Zeitungen. Diese werden in der jetzigen Menge nicht abgenommen und fliegen deshalb regelmäßig durch die Straßen, wenn sie nicht extra weggeräumt werden. An manchen Stellen sammeln sich ganze Stapel von Zeitungen. Die Entsorgung der Zeitungen kostet die Stadt und somit letzten Endes auch den Steuerzahler Geld. Deshalb fragt er an, warum die Verteilung in diesem Ausmaß vorgenommen werde.

Ein weiterer Bürger nennt ergänzend zu der übermäßigen Verteilung von Zeitungen die gängige Praxis, Autosteckkarten mit Werbebotschaften an parkenden Autos anzubringen. Er sieht die Verteiler dieser Werbung in der Pflicht, die Karten auch zu entsorgen. Er sagt, wer Verschmutzungen verursache, müsse sich auch um deren Entsorgung kümmern.

Frau Rzycki erklärt, dass die Verteilung von Zeitungen und Steckkarten nicht verboten ist. Die Presseverlage, die kostenlose Zeitungen verteilen lassen und die Firmen, die über die Verteilung von Autosteckkarten Werbung machen, sind in der Pflicht ihre Zusteller anzuweisen die Verteilung ordnungsgemäß durchzuführen. Die Stadt kann nicht die Zusteller kontrollieren. An Stellen, an denen es zu derartigen Vorkommnissen kommt, ist zu empfehlen, den Verlagen oder Firmen Rückmeldungen zu geben, um diese dazu anzuhalten, sich um eine ordnungsgemäße Zustellung zu kümmern.

Herr Bergmann bekräftigt noch mal die Pflicht der Verlage, welche die Verteilung von kostenlosen Zeitungen in Auftrag geben. Er weist darauf hin, dass Diebe überfüllte Briefkästen oft als Hinweis darauf nutzen, ob Anwohner zuhause sind. Personen, die beispielsweise verreist sind und bei denen sich Zeitungen im Briefkasten ansammeln, laufen somit Gefahr ausgeraubt zu werden. Er betont, dass die Verlage und deren Zusteller insbesondere auch aus diesem Grund verpflichtet seien, für eine ordnungsgemäße Zustellung zu sorgen.

4 b) Beschilderung auf Gehwegen

Frau Budke erklärt, dass ihr einige Stellen aufgefallen sind, an denen Verkehrsschilder so aufgestellt wurden, dass sie leicht übersehen werden können. Dies ist besonders beim Ein- und Ausparken problematisch. Die genannten Schilder stehen genau auf der Trennlinie zwischen roter und grauer Bodenfärbung und sind deshalb nur schwer zu erkennen. Sie fragt, warum dies so angeordnet ist.

Frau Strangmann dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Koopmann
Protokollführer

Anlage: Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

TOP 1

Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Fledder, Schölerberg am Donnerstag, 07.03.2013

- a) Lärmemissionen am Huxmühlenbach** (TOP 1c aus der Sitzung am 11.07.12 / TOP 2c aus der Sitzung am 01.02.2012)

Mehrere Anwohner hatten sich über den zunehmenden Lkw-Verkehr auf der Straße Am Huxmühlenbach beschwert. Die Verwaltung hat daraufhin das Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück eingeschaltet, das in einem engen Kontakt mit den Beschwerdeführern und den betroffenen Firmen steht. Laut Auskunft des Gewerbeaufsichtsamtes Osnabrück laufen derzeit die Prüfungen zum Lärmschutz und im nächsten Schritt werden dann entsprechende Konzepte zur Lärminderung vorzulegen sein.

- b) Parkflächen Hauptwanderweg Schölerberg** (TOP 1h aus der vorigen Sitzung am 11.07.12 und aus der Sitzung am 01.02.12)

Der Osnabrücker ServiceBetrieb hat zwischenzeitlich den in der letzten Sitzung angesprochenen Abschnitt des Wanderweges mit zusätzlichen Felsbrocken/Holzpollern versehen, um das Abstellen von Fahrzeugen dauerhaft zu verhindern.

- c) Zuwegung zum Erholungswald Schölerberg aus östlicher Richtung** (TOP 2a aus der vorigen Sitzung am 11.07.12)

Von der alten Sommerodelbahn wurde die Rampe zwischenzeitlich abgebaut.

- d) Rückschnitt Straßengrün am Huxmühlenbach** (TOP 4b aus der vorigen Sitzung am 11.07.12)

Am Huxmühlenbach wurde der Bürgersteig freigeschnitten, evtl. werden noch einige Äste der Bäume zurückgeschnitten.

- e) Lose sitzender Gullydeckel in Höhe Heimkehrerweg 2** (TOP 4c aus der vorigen Sitzung am 11.07.12)

Der lose Gullydeckel (befindet sich in der Straße Am Huxmühlenbach) soll planmäßig in der 9. Kalenderwoche 2013 vom Betrieb für Entwässerung, Kanaldokumentation und Instandhaltung der Stadtwerke Osnabrück instandgesetzt werden.

- f) Radweg auf Hochbord Johannisstraße stadtauswärts vor dem Wallring** (TOP 4e aus der vorigen Sitzung am 11.07.12)

Der Bereich vor der Rampe zum Hochbordradweg wurde mit einem absoluten Halteverbot versehen. Zusätzlich wird eine Schutzstreifenmarkierung im zuführenden Bereich aufgebracht, wenn es die Witterung wieder zulässt.